Rede von Bürgermeister Ruß zum Haushalt 2019

Trotz des mit 3,4 Mio. Euro größten Investitionsvolumens seit 2005 kommt die Gemeinde auch in diesem Jahr ohne Neuverschuldung aus und kann den Schuldenstand sogar noch etwas senken. Der beläuft sich nunmehr auf 314 Euro und liegt deutlich unter dem Landesdurchschnitt für Gemeinden vergleichbarer Größen.

Neben den hohen Rücklagen, auf die die Gemeinde zurückgreifen kann, sind es vor allem die hohe Beteiligung an der Lohn- und Einkommensteuer sowie die Schlüsselzuweisungen, die zu diesem Ergebnis beitragen. Beide Haushaltspositionen haben ihren bisher höchsten Stand für die Gemeinde erreicht.

Dies ist ein höchst erfreuliches Fazit des Zahlenwerks der Kämmerei, das an diesem Jahr trotz einiger widriger Umstände deutlich früher als in den Vorjahren präsentiert wird. Viele Ausgaben beruhen auf Entscheidungen aus den Vorjahren, die deshalb nicht so überraschend kamen. Erwartet war aufgrund der Systematik der Umlagen und Schlüsselzuweisungen auch eine Verbesserung bei den Einnahmen. Dass diese so deutlich ausfiel, war eine angenehme Überraschung.

Im Wesentlichen setzt sich der Haushalt 2019 aus folgenden Zahlen zusammen:

Der Gemeindehaushalt 2019 schließt mit folgenden Summen ab:

	Ansatz 2019	Rechnungsergebnis 2018	Differenz
Verwaltungshaushalt	5.826.097 EUR	5.641.229 EUR	+ 184.868 EUR
Vermögenshaushalt	5.402.963 EUR	4.643.982 EUR	+ 758.981 EUR
Gesamthaushalt	11.229.060 EUR	10.285.211 EUR	+ 943 849 EUR

1. Verwaltungshaushalt

Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres ist das Haushaltsvolumen nach den Ansätzen im Verwaltungshaushalt um 3,28 % und im Vermögenshaushalt um 16,34 % gestiegen. Der Gesamthaushalt steigt somit um 9,18 %.

Die wichtigsten Einnahmen im Verwaltungshaushalt sind die Einkommensteuerbeteiligung mit 1.733.040 EUR, die Schlüsselzuweisungen mit 1.009.300 EUR, die Gewerbesteuer mit 600.000 EUR und die Grundsteuer B mit 241.000 EUR.

Die Einkommensteuerbeteiligung ist mit 1.733.040 EUR die wichtigste Einnahmequelle des Verwaltungshaushaltes. Die Gemeinde Sand profitiert hier ganz deutlich von der Situation am Arbeitsmarkt und der allgemeinen Entwicklung bei den Löhnen. Auch wenn die Statistik „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“ auf Seite 19 im Jahr 2017 „erste Dellen“ zeigt.

Der Allgemeinen Rücklage werden aller Voraussicht nach 1.923.863 EUR zugeführt.

Auch im Haushaltsjahr 2019 ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Der Schuldenstand verringert sich daher von 1.075.000 EUR am 31.12.2018 auf 987.500 EUR am 31.12.2019. Somit wird die 1-Mio.-Grenze erstmals seit 2011 wieder unterschritten. Dadurch sinkt der Schuldenstand pro Einwohner von 341 EUR (31.12.2018) um 27 EUR auf 314 EUR (31.12.2019). Der Landesdurchschnitt für vergleichbare Gemeinden beträgt derzeit 601 EUR und der Freistaat Bayern liegt bei 1.372 EUR.

Auf der Ausgabenseite sind die Kreisumlage mit 1.201.592 EUR und die Personalausgaben mit 1.386.018 EUR die größten Posten. Mit diesen beiden Positionen sind schon 45 % des Etats im Verwaltungshaushalt verplant.

Die Kreisumlage sinkt gegenüber dem Vorjahr um rund 306.000 €. Die Reduzierung des Hebesatzes durch den Kreistag um 1,7 % Punkte bedeutet für die Gemeinde Sand rund 46.000 €.

An der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage 2019 kann man deutlich erkennen wie die Steuerkraft bzw. die Umlagekraft Einfluss auf die Haushaltsplanung der Gemeinde Sand nimmt. Nach der Problematik im Haushaltsjahr 2018, die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt zu erreichen, hat sich die Situation im laufenden Haushaltsjahr deutlich entspannt. Die Zuführung muss mindestens die Höhe der ordentlichen Tilgung von Krediten (87.500 EUR) des laufenden Jahres betragen. Diese wird mit 442.478 EUR deutlich überschritten. Die freie Finanzspanne der Gemeinde Sand beläuft sich somit auf 354.978 EUR und übertrifft die Zuführung vom Vorjahr von 105.767 Euro und die freie Finanzspanne von 18.267 Euro bei weitem. Da liegen doch Welten dazwischen.

Die Personalkosten haben sich gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres um ca. 180.000 EUR erhöht. Die Ursachen hierfür liegen weiterhin an den vom Gemeinderat beschlossenen Personalveränderungen während der Übergangszeit beim Ausscheiden von Mitarbeitern. Die tariflichen Lohnerhöhungen tragen zusätzlich zu der Steigerung bei. Außerdem sollen in den unteren Lohngruppen Erhöhungen vorgenommen werden.

Beim Campingplatz konnte im vergangenen Jahr erstmals seit langer Zeit ein kleiner Überschuss erwirtschaftet werden. Die Gründe liegen hierfür liegen zum einem an den sinkenden Abschreibungswerten und natürlich an den guten Verpachtungszahlen auf dem Dauerplatz und der sehr guten Auslastung auf dem Touristikplatz, was natürlich auch mit dem sonnigen Sommer zu tun hatte.

Um den Platz attraktiv zu halten sind wir in diesem Jahr dabei, die technischen Möglichkeiten mit Breitbandausbau und Wlan zu verbessern und einige Schönheitsreparaturen vorzunehmen. Im nächsten Jahr werden allerdings größere Investitionen – zunächst auf dem Dauer- und später auf dem Touri-Platz – vorgenommen werden müssen. Im Laufe der Jahre und der intensiven Nutzung sind doch gewisse Abnutzungserscheinungen unverkennbar. Im Finanzausschuss wurde dazu Grundlegendes vorbesprochen; die Details werden dann im Campingplatzausschuss vorberaten und im Gemeinderat beschlossen.

Das Rechnungsergebnis bei den Abwassergebühren zeigt nach mehreren stabilen Jahren mit Überschüssen 2019 wieder eine leichte Tendenz in den defizitären Bereich. Die Ursachen liegen an dem deutlich höheren Kostenanteil an der Gemeinschaftskläranlage Zeil-Sand und in steigenden Unterhaltungskosten beim Kanalnetz. Sollte sich die Kostenentwicklung der Gemeinschaftskläranlage nicht verbessern, muss über eine Gebührenerhöhung nachgedacht werden. Insbesondere dann, wenn man die Problematik der Klärschlamm Entsorgung mit berücksichtigt.

Bei der Klärschlamm Entsorgung ist das Ende der Aufbringung auf landwirtschaftliche Flächen abzusehen. Hier sind konkrete Lösungen angedacht, die sich künftig auf die Kosten auswirken werden.

Im Herbst 2018 ergab sich bei den durchgeführten Wasserablesungen im Ortsbereich eine deutliche Steigerung bei den Wasserverlusten. Jedoch konnten bei den ersten Kontrollen durch die Gemeinde keine Verluste durch Wasserrohrbrüche festgestellt werden.

Bei einer neuerlichen Besprechung mit dem Wasserzweckverband und der Auswertung und Interpretation der Aufzeichnung muss jedoch doch von größeren Verlusten durch Wasserrohrbrüche ausgegangen werden.

Die Gemeinde hat deshalb eine Firma beauftragt, Untersuchungen vorzunehmen. Dabei ist gestern ein Schaden aufgetreten, der zahlreiche Straßenzüge im südlichen Gemeindebereich betroffen hat. Bei einem Schieber ist das Gehäuse – nicht die Drehvorrichtung – geplatzt. Da kein Original-Ersatzteil zur Verfügung stand, musste ein neues Teil besorgt und angepasst werden. Die Mitarbeiter des Bauhofes waren fest im Einsatz, bei der Information der betroffenen Anlieger wurden die Gemeindebediensteten von der Freiwilligen Feuerwehr tatkräftig unterstützt. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

Bei den Bürgern möchte ich um Verständnis bitten. Wir haben versucht die Zeiten der Wasserabspernung so kurz wie möglich zu halten. Ein Verteilerkreuz mit vier Schiebern, die an die Leitung angepasst werden müssen, kann halt nicht im Steckverfahren eingebaut werden.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass in den nächsten Jahren vermehrt in die Überwachung und den Unterhalt der Infrastruktur investiert werden muss. Wasserleitungen, Kanäle und auch Ortsstraßen haben ein gewisses Alter erreicht. Da es wenig Sinn macht, die Oberfläche zu erneuern ohne den Untergrund näher zu untersuchen, werden in den nächsten Jahren unter erheblichem finanziellen Aufwand (rund 133.000 EUR pro Jahr, insgesamt ca. 1,1 Mio. EUR), die Leitungsnetze untersucht und Sanierungskonzepte entwickelt. Für die Reparaturen wurden noch keine Ansätze gebildet, weil sie erst in einigen Jahren anstehen. Sie dürfen jedoch nicht außer Acht gelassen werden.

Beim Straßenunterhalt zeigen sich mittlerweile viele kleinere Schäden. Bisweilen ist es dabei allerdings grenzwertig, ob es sich um einen Schönheitsmangel oder einen echten Sanierungsbedarf handelt. Der Bauhof hat in den letzten Tagen einige Schäden ausgebessert bei denen dringend Handlungsbedarf bestand. Größere Flächen müssen allerdings von Firmen erledigt werden.

In der heutigen Zeit ist es nicht einfach Firmen für kleinere Aufträge zu bekommen. Die Frage ist deshalb, ob man sich hier nicht interkommunal zusammenschließt. Am Wochenende findet eine Evaluierung der bisherigen Zusammenarbeit der zehn ILE-Gemeinden statt. Dabei sollte auch ein solcher Gesichtspunkt erörtert werden.

Bei der Betrachtung aller Gebühren zeigt sich grundsätzlich, dass die Einnahmenseite erfreulicherweise stabil ist. Bei den Ausgaben ist jedoch eine steigende Tendenz festzustellen. Diese müssen in nächster Zeit wieder verstärkt beobachtet werden.

Die Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer bleiben unverändert. Bei der Grundsteuer steht allerdings eine neue Bewertung der Grundstücke aufgrund eines BGH-Urteils noch aus. Bis zum Jahresende gelten die bisherigen Regelungen. Sollten sich Bund und Land nicht auf eine einheitliche Linie einigen, so könnten die Kommunen ab dem kommenden Jahr keine Grundsteuer erheben. Geld auf das sie aber nicht verzichten können: Die Gemeinde Sand nicht auf rund eine viertel Million Euro, die gesamten Kommunen in Deutschland auf rund 15 Mrd. Euro. Hier tut eine Einigung dringend not.

2. Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt sind die größten Einnahmequellen eine geplante Zuweisung von Zuschüssen für den bereits abgeschlossenen Rathausumbau (200.000 EUR), Zuschuss Kinderkrippe St. Nikolaus (400.000 EUR) und die Investitionspauschale mit 143.000 EUR. Des Weiteren wurden für die möglichen Verkäufe von Bauplätzen (123.000 EUR) angesetzt. Der Allgemeinen Rücklage werden 4.039.000 EUR entnommen und vom Verwaltungshaushalt werden 442.000 EUR zugeführt.

Auf der Ausgabenseite sind im Jahr 2019 Investitionen von insgesamt 3.392.000 € geplant. Dies ist damit das zweitgrößte Investitionsvolumen nach dem Jahr 2005 (5.160.000 EUR). Das größte Projekt ist die „Erweiterung des Kindergarten St. Nikolaus“ mit insgesamt 1.445.500 EUR. Als weitere große Positionen sind die Baukosten für den bereits fertiggestellten Kreisel „Knetzgauer Straße“ mit 450.000 EUR und der abgeschlossene Rathausumbau mit 75.000 EUR zu nennen.

Die Erweiterung der Kinderkrippe, die uns sehr auf den Nägeln brennt, ist so bald die Witterung es zugelassen hat, begonnen worden. Von der Ausführung der Arbeiten her liegen wir eine Woche vor dem Zeitplan. Ich hoffe, dass es so bleibt, denn die Krippe wird dringend gebraucht und eine Fertigstellung in diesem Jahr ist deshalb mehr als geboten.

Zum Kreisel wäre anzumerken, dass er nicht als Steinwüste angelegt wird. Die weiteren Gestaltungsmaßnahmen und die Bepflanzung werden in der kommenden Woche vorgenommen.

In Verzug geraten ist die künstlerische Gestaltung des Flechtwerkes, das den westlichen Eingangsbereich der Gemeinde zieren soll. Wegen der Coburger Designer-Tag, die Ende Mai anstehen, kann Prof. Stübbe mit seinen Studenten seinen Entwurf erst Anfang Juni vorstellen. Es war jedoch von Beginn an geplant, dass die Installation zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann, da nur ein Fläche von ca. drei Meter Durchmesser freigehalten wird und Befestigungsmöglichkeiten nur als Punktfundamente ausgebildet würden.

3. Allgemein

Mit der Errichtung einer weiteren Kinderkrippe kommt die Gemeinde nicht nur ihrer Pflichtaufgabe nach, sondern leistet mit dem Angebot weiterer Kinderbetreuungsplätze einen wichtigen Beitrag für die Bewältigung der Lebenssituation junger Familien. Sie erhöht damit gleichzeitig die Attraktivität der Gemeinde als Wohnort für junge Familien. Dies wirkt sich auf die derzeitige und künftige Altersstruktur des Ortes positiv aus.

In die Zukunft gerichtet ist auch der Beitrag zur Innenentwicklung des Ortes. Mit professioneller Unterstützung eines auf die Ortsplanung spezialisierten Planungsbüros und staatlicher finanzieller Hilfe werden nicht nur die brach liegenden Ressourcen, sondern Konzepte für deren In-Wert-Setzung ermittelt. Eine Gemeinde wie Sand mit einer kleinen Gemarkungsfläche und begrenzten finanziellen Mitteln kann es sich auf Dauer nicht leisten, Flächen und Infrastruktureinrichtungen für Wasser, Abwasser, Straßen, Strom, usw. ungenutzt liegen zu lassen.

Interkommunale Zusammenarbeit wird immer wichtiger. Das haben wir in Sand erkannt und davon profitiert eine kleine Gemeinde wie die unsere. Das derzeit heftig diskutierte neue Hallenbad, das als Ersatz für das marode Zeiler Bad entstehen soll, wird als Allianzbad den beteiligten Kommunen große finanzielle Opfer abverlangen. Die Gemeinde Sand müsste sich dabei bei den Investitionskosten mit einem höheren sechsstelligen Betrag beteiligen. Dazu kämen noch die jährlichen Unterhaltungskosten, die über einen Zweckverband getragen werden müssten. Realisierbar ist ein solches Bad allerdings nur, wenn die Gesamtsituation aller Bäder im Landkreis betrachtet wird und bei einer Lösung für das Maintal alle im Maintal und dessen Einzugsbereich liegende Kommunen einbezogen werden.

Die Gemeinde investiert heuer 3,4 Mio. € ohne zusätzliche Aufnahme von Darlehen. Dies ist das Ergebnis einer vorausschauenden Finanzpolitik. Die Kämmerei hatte nicht nur die laufenden Projekte im Auge, sondern immer auch die künftigen. Trotz der vergangenen und künftigen Projekte hat die Gemeinde den Schuldenstand weiter gesenkt und Rücklagen gebildet.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und bereiten uns auf die Zukunft vor. Zuletzt waren wirtschaftlich gute Zeiten. Es brechen auch wieder andere an. Die fetten Jahre sind vorbei. Darauf müssen wir uns einstellen.

Bei allem was geleistet wurde, stehen uns noch viele Anforderungen bevor. Wir dürfen deshalb den Pfad der Tugend nicht verlassen, was bedeutet: Wir können uns am Wünschenswerten orientieren, sollten uns im Zweifelsfall aber für das Machbare entscheiden.

Dank an Kämmerei für die Erstellung des Zahlenwerks und den Finanzausschuss für die konstruktive Vorberatung.

Ich bitte um Zustimmung zum Haushaltsplan mit seinen Anlagen.